



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/81 - 10. April 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 896 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Bonn-Washington</u> "Weder von deutscher noch von amerikanischer Seite..." Von G. Markscheffel	87
2 - 3	<u>Assoziierung Griechenlands mit politischem Akzent</u> Bedeutendes Ereignis für Südost-Europa Von Dr. Basil Mathiopoulos	92
4 - 5	<u>Schwedens Jugend ist für die Sozialdemokratie</u> 63 Prozent aller Jugendlichen zwischen 17 und 21 Jahren spricht sich für die Sozialdemokratie aus Von Chr. Wolff, Stockholm	67
5	<u>"Oder irre ich mich da?"</u> Linker CDU-Flügel für bessere und sozialere Steuergesetze	23
6 - 7	<u>110 DM für drei gefallene Söhne</u> Ein Mutterschicksal, das zum Himmel schreit Von Karl Weiskopf, KdL	73

Bonn-Washington

"Weder von deutscher noch von amerikanischer Seite..."

Von G. Markscheffel

Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, dass Bundeskanzler Dr. Adenauer am Sonntag mit dem früheren US-Außenminister Acheson Fragen besprochen hat, die noch in den letzten Wochen von Bundesverteidigungsminister Strauss in vertraulichen Unterhaltungen mit Bonner Journalisten als "Dringlichkeitsstufe Nr. 1" bezeichnet worden waren. Dazu gehörte u.a. Auch die Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, oder deren Einbau in einen atomaren NATO-Pool. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, dass Herr Strauss auf Wunsch des amerikanischen Gastes von den Unterhaltungen ausgeschaltet wurde, um zu verhindern, dass in Rhöndorf die politischen Aspekte des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und den USA zu kurz kommen. Von amerikanischer Seite ist denn auch zu erfahren, dass Herr Adenauer selbst nicht versucht habe, seinen Gesprächspartner Acheson mit den Vorstellungen des Verteidigungsministers Strauss zu belästigen. Viel wahrscheinlicher dürfte dagegen sein, dass Acheson den Bundeskanzler korrekt über die in Washington inzwischen gereiften Pläne einer vernünftigen Aufgabenteilung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Art innerhalb des NATO-Bündnisses unterrichtet hat, damit der Bundeskanzler in dieser Woche nicht in die peinliche Situation gerät, mit Kennedy über etwas sprechen zu wollen, was zur Zeit nicht auf der Tagesordnung steht.

Man könnte meinen, die Deutsche Presse-Agentur (dpa) habe sich aus Washington -gewissermassen als Begleitmusik zur weiteren Entwicklung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses- von ihrem dortigen Korrespondenten am Montag früh (7.34 Uhr) folgenden sybillianischen Satz melden lassen:

"Weder von deutscher noch von amerikanischer Seite ist bisher beabsichtigt, in diesen allgemeinen Gesprächen über irgendwelche konkreten deutsch-amerikanischen Probleme zu verhandeln".

Fügt man dem hinzu, dass dpa den Artikel ihres Washingtoner Korrespondenten mit dem Zwischentitel "Im Zeichen wesentlich verbesserter Beziehungen Bonn-Washington" versieht, dann dürfte wohl mit Fug und Recht behauptet werden können, dass nunmehr in den meisten bundesrepublikanischen Zeitungsredaktionen der letzte Rest von Klarheit beseitigt ist.

Dieses kleine etwas erheiternde Intermezzo beiseiteschiebend, möchten wir doch mit allem Ernst darauf hinweisen, dass die offizielle bundesrepublikanische Politik sich diesmal nicht sehr gut auf das Treffen des greisen Bundeskanzlers mit dem jungen Präsidenten der Vereinigten Staaten vorbereitet zu haben scheint. Während das offizielle Bonn noch so tut, als habe sich in Washington nichts geändert, wird dort

schon ganz offen von einer Politik und Strategie geredet, die den Begriff der vernünftigen Aufgabe mit der Erfüllung innerhalb des NATO-Bündnisses als Voraussetzung hat.

So erklärte jetzt USA-Stabschef George Decker in einem Interview für die Zeitschrift "Parade", die mit einer Auflage von 12 Millionen als Sonntagsbeilage vieler amerikanischen Zeitungen erscheint, im Blick auf die weltweite Diskussion, ob man den "Club der Atomkräfte" vergrössern solle, beim Einsatz taktischer Atomwaffen sei es immer möglich, dass sich der Konflikt zu einem allgemeinen Kernwaffenkrieg ausweitete. Es sei zwar möglich, dass taktische Kernwaffen eingesetzt würden und der Krieg trotzdem nicht zu einem atomaren Gemetzel werde. Die Frage, ob angesichts der Gefahr, einen begrenzten Krieg mit herkömmlichen Waffen zu verlieren, atomare Waffen eingesetzt werden müssten, beantwortet Stabschef Decker mit der Überlegung, es sei unwahrscheinlich, dass eine grosse Macht eine Niederlage hinnehme, ehe sie alle ihr zu Verfügung stehenden Waffen eingesetzt hat.

Aber dann kommt ein Wort Deckers, das ahnen lässt, wie reserviert man in den USA gegenüber allen Bestrebungen zur Erweiterung des "Atomclubs" ist:

"Es sei denn, dass (der Einsatz von Atomwaffen) dies schlimmer ist als eine Niederlage".

Bemerkenswert ist, dass "Parade" ihren Lesern mitteilt, das Interview mit Stabschef Decker sei vor der Veröffentlichung vom Weissen Haus geprüft worden.

Fasst man alles zusammen, was hier und in den Vereinigten Staaten in den letzten Tagen und Wochen über die Neuorganisation des NATO-Bündnisses geschrieben und gesagt wurde, überprüft man die zum Teil überraschenden Aspekte, die sich besonders bei der Erörterung militärischer Fragen für uns hier in der Bundesrepublik ergeben, dann gewinnt die sozialdemokratische Forderung nach einer gemeinsamen Bestandsaufnahme der Möglichkeiten einer deutschen Aussen- und Sicherheitspolitik ein Höchstmass von Aktualität. Man darf doch nicht vergessen, dass in alle diese Überlegungen, wie sie hier angesprochen und zitiert wurden, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und das Berlinproblem unmittelbar hineinspielen. Wenn man nun hört, das offizielle Bonn begnüge sich bei Erörterungen gerade dieser Probleme mit der Wiedergabe von Formeln, die zum Teil längst überholt sind, dann müsste es doch eigentlich zu den selbstverständlichen Verpflichtungen einer Regierung gehören, alle auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Kräfte zusammenzufassen.

Ziel einer solchen Zusammenfassung müsste sein, die Deutschlandfrage und das Berlinproblem so in den Strom der allgemeinen internationalen Diskussion über das Ost-West-Verhältnis hineinzubringen, dass eine möglichst breite deutsche und internationale Plattform geschaffen wird. Wenn dies nicht geschieht, könnte der Eindruck entstehen, als sei das offizielle Bonn nicht sonderlich daran interessiert, mit den neuen Überlegungen in Washington Schritt zu halten.

Assoziierung Griechenlands mit politischem Akzent

Von Dr. Basil Mathicopoulos

Zwanzig Monate endlos sich hinziehender Verhandlungen, die sich oft am Rande des Scheiterns bewegten, bedurfte es, bis nun endlich nach der Unterzeichnung des Assoziierungsvertrags Griechenlands an die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die zuständigen Parlamente das letzte Wort sprechen können. Nach all dem kleinlichen Feilschen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier zu guter letzt politische Vernunft über allzu wirtschaftliches Nützlichkeitsstreben siegte. Mag der vordergründige Charakter der EWG auch durch wirtschaftliche Momente bestimmt werden, so lässt sich bei der Verquickung des modernen Staatsgefüges das politische Element nicht ausklammern. Gerade im Rahmen der vielzitierten neuen Ara Kennedy und ihrer zielstrebigen Bemühung um eine politische, wirtschaftliche und militärische Geschlossenheit der westlichen Welt, innerhalb derer die NATO ein in sich solides Bollwerk sein - nicht nur scheinen - soll, wird der politische Akzent der Assoziierung Griechenlands unverkennbar.

Waffenarsenale genügen nicht zur Festigung der Freiheit

Da ist einmal die Tatsache, dass die hochindustrialisierten Länder des Westeuropas den eng begrenzten Rahmen lokaler oder gar nationaler Interessen sprengen und insbesondere den unterentwickelten Staaten des europäischen Südens reale Möglichkeiten zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit erschliessen, die wesentlich zur innerstaatlichen Konsolidierung dieser Länder beitragen könnte. Abschussbasen und Waffenarsenale sind kaum eine hieb- und stichfeste Panzerung gegen aufweichende Tendenzen, wenn der allgemeine Lebensstandard und die sozialen und wirtschaftlichen Zustände das Land dem Bankrott zutreiben. Das Wort von der Partnerschaft innerhalb der westlichen Welt besagt nichts vom Parasitendasein der Kleinen, wohl aber beinhaltet es in echtem Sinn die "Tischgemeinschaft."

Unter den Augen des Ostens

Dieses Wort erhält auch aus einem anderen Blickwinkel seine Bedeutung. Der Westen, vor allem die USA, bemühen sich wieder mehr um die Sympathien einiger Balkanvölker. Dieser friedliche Vorstoss würde auf die Dauer kaum unterstützt von der nicht zu verborgenden Tatsache, dass im eigenen Hinterland - sprich bei einigen eindeutig prowestlich orientierten Balkanvölkern - sich dem kritischen Auge östlicher Beobachter nicht immer ein Schaufenster westlicher Wirtschaftsprosperität bietet. Die potentiellsten Partner der EWG, die Bundesrepublik und Frankreich, hätten sich deshalb seit Herbst vergangenen Jahres für eine Beschleunigung der Verhandlungen über die Assoziierung Griechenlands eingesetzt. In politischem Realismus veranschlagten sie ein Scheitern schon deshalb nicht zu gering, da sich zu diesem Zeitpunkt der Brückenschlag zu den Ländern der kleinen Freihandelszone anbahnte.

Modellfall?

Hinzukommt, dass die Assoziierung Griechenlands so etwas wie ein Schulbeispiel werden könnte, denn zweifellos wird durch diesen Schritt den gleichen Bemühungen der Türkei, Spaniens und Israels der Weg gebahnt. Natürlich verlangten gerade die Ambitionen dieser Staaten eine sorgfältige Formulierung bei der Ausarbeitung des Vertragstextes, denn man wollte in den griechischen Belangen keinen Präzedenzfall schaffen. Inwieweit Griechenland für weitere Assoziierungsbestrebungen als Modell dienen wird, kann sich bereits am 10. April erweisen, wenn eine türkische Delegation die ersten diesbezüglichen Verhandlungen bei der zuständigen Kommission in Brüssel aufnehmen wird.

Wirtschaftliche Auswirkungen

Was die konkreten Auswirkungen betrifft, so ist man in Griechenland erfreut über die 125 Millionen Dollar Anleihe, die die Europäische Investitionsbank zur Verfügung stellt zur Realisierung kleinerer und mittlerer Industrieprojekte, ohne dass die Tilgung der berichtigten Altschulden, die bis 1974 zurückdatiert werden, als Einlösebedingungen gilt. Athen hat sich gegenüber den Gläubigern als verbindlich erklärt und hofft durch das künftig zu erwartende Ansteigen des Devisenvolumens bald in eine Lage zu kommen, die eine volkswirtschaftlich vertretbare Möglichkeit zur Tilgung bietet. Für den griechischen Tabak wird künftig der bisher gegenüber Dritten in den sechs EWG-Ländern gültige Zolltarif um 50 Prozent gesenkt und soll in 7 Jahren völlig wegfallen. Griechenland wird seinerseits die eigenen Zollbestimmungen im periodischen Abbau angleichen. In den nächsten 12 Jahren bedeutet das Zollfreiheit für ausländische Produkte, die nicht in Griechenland selbst hergestellt werden, in den folgenden 22 Jahren wird sich das auch auf Produkte ausweiten, die im Inland erzeugt werden, also Tabak und Süßfrüchte. Dafür gelangt Griechenland auf den Absatzmärkten der EWG in den Genuss der gleichen Rechte wie die 6 Vollmitglieder. Gelingt es Griechenland innerhalb von 22 Jahren, seinen Lebensstandard dem der anderen EWG-Staaten anzupassen, kann es gleichberechtigtes Vollmitglied werden.

Vorsichtsmaßnahmen

In Athen fehlt es trotz der allgemeinen positiven Reaktion nicht an skeptischen Stimmen, die nach dem bevorstehenden Abbau der Zölle ein Einströmen von Produkten aus den EWG-Ländern in einem Ausmaß befürchten, dass dadurch nicht nur die inländischen Erzeuger in einen gefährlichen Engpass geraten könnten. Möglich wäre auch ein Sinken der Importquote aus dritten Ländern, was wiederum den griechischen Export in diese Gebiete drosseln würde. Die Opposition forderte daher die Regierung auf, durch z e i t l i c h e Rationalisierungsmaßnahmen den bevorstehenden einschneidenden Umschwung in ein gesundes Gleichgewicht überzuloten.

Schwedens Jugend ist für die Sozialdemokratie

Von Chr. Wolff, Stockholm

Ein schwedisches Meinungsforschungsinstitut hat kürzlich eine Untersuchung vorgenommen, die die politische Auffassung der schwedischen Jugendlichen testen sollte. Das Ergebnis: obwohl die Jugend gemeinhin der etablierten Macht negativ gegenübersteht und zur Opposition neigt, entschieden sich nicht weniger als 63 Prozent aller Befragten aus allen Volksschichten für die Sozialdemokratie, die Partei, die seit nahezu 30 Jahren bestimmende Macht in Schweden ist. Bei den Herbstwahlen des vergangenen Jahres entschieden sich 47,8 Prozent der Wähler für die sozialdemokratische Regierungspartei, 17,5 Prozent für die Liberalen, 16,6 Prozent für die Konservativen, 13,6 Prozent für die Zentrumspartei (Bauernpartei) und 4,5 Prozent für die Kommunisten. Von den befragten Jugendlichen im Alter von 17 bis 21 Jahren sprachen sich 63 Prozent für die Sozialdemokratie aus - bereits kurz nach den Wahlen konnten die Sozialdemokraten feststellen, dass sich die Majorität der Jungwähler für die Partei Tage Erlanders entschied - 16 Prozent für die Konservativen, 14 Prozent für die Liberalen und 7 Prozent für die Zentrumspartei. Auf die Kommunisten entfielen keine Stimmen! Aus dem publizierten Zahlenmaterial geht ferner hervor, dass 53 Prozent der jungen Menschen zwischen 21 und 31 Jahren sich für die Sozialisten entscheiden. Aufgeschlüsselt ergibt sich folgendes Bild:

17 bis 21 Jahre:	63	Prozent	für die Sozialdemokratie
22 bis 23	47	"	"
24 bis 27	53	"	"
28 bis 31	56	"	"

Nimmt man die wahlberechtigten Jugendlichen beider Geschlechter zusammen, ergibt sich also, dass 53 Prozent der Sozialdemokratie ihr Vertrauen schenken. Wird der weibliche Bevölkerungsanteil bei diesen Gruppen ausgeklammert, bleiben immernoch 51 Prozent übrig.

Für die anderen Parteien ergibt sich ein wesentlich ungünstigeres Zukunftsbild: die Liberalen konnten 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, die Konservativen 14 Prozent und die Zentrumspartei nur 9 Prozent. Die relativ "schwache" Sympathie der 22- bis 23-Jährigen (47 Prozent) ist nach Meinung der Fachleute auf folgende Umstände zurückzuführen: in diesem Alter erfolgt eine gewisse schockartige Erfahrung der jungen Menschen, die soeben mündig geworden sind und hinaus ins Leben treten. Die Folge ist eine Desillusionierung, die auf den Staat abgewälzt wird, dieser wird mit der Regierungspartei identifiziert. In diese Zeit fällt der Militärdienst, es gibt gewisse Anpassungsschwierigkeiten nach Absolvierung des Militärdienstes beim Übergang zu einem Beruf. Dazu kommen die ersten Wohnungsfragen, erstmalig spürt man wohl auch die Steuern, die jedem Bürger auferlegt sind. Diese zeitweise "Vorstimmung" schwindet jedoch auffallend rasch, wenn die Jugendlichen die Vorteile des schwedischen Wohlfahrtsstaates erfahren, dies tritt in der Regel bereits während und kurz nach der Eheschliessung durch Ehestandsdarlehen, Wohnungszuschüsse und Kindergeld ein.

Interessant ist auch die Fragestellung, welche der demokratischen Parteien am besten die Interessen der Allgemeinheit vertritt. Hier dokumentiert sich, dass auch ein grosser Teil der bürgerlichen Jungwähler

- Anhänger der Liberalen, Konservativen und des Zentrums - in der Sozialdemokratie den besten Garanten für die Wohlfahrt des Volkes sehen. Die Sozialdemokratie stützt die Arbeiterschaft, die kinderreichen Familien, die Bedürftigen und in Not Geratenen sowie die Pensionäre. Genau so deutlich wurde bekundet, dass die konservative Höger-Partei die beste Heimstätte für Direktoren, Reiche und andere "Bevorzugte" sei. Auf die konkrete Fragestellung, welche Partei arbeitet am besten im Sinne des ganzen schwedischen Volkes waren 15 Prozent der konservativen Anhänger unter den Jugendlichen und sogar 22 Prozent der liberalen Parteigänger der Meinung, die Sozialdemokratie sei in diesem Sinne beispielhaft!

Aus dem Zahlenmaterial geht auch hervor, dass die aktive sozialdemokratische Jugend weitaus mehr parteitreu ist, als die jugendlichen Anhänger anderer politischer Gruppen. Das sensationelle Ergebnis: kein einziger unter den Befragten war der Meinung, dass eine andere Partei die wichtigsten Aufgaben Schwedens besser lösen könnte, als die Sozialdemokratie! Die politische Reife der schwedischen Jugend findet am besten darin ihren Ausdruck, dass rund ein Drittel der Befragten der Meinung war, dass Schwedens Einsatz für die unterentwickelten Völker "eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre sei".

+ + +

"Oder irre ich mich da?"

sp - Dieser Tage erhielten wir einen Brief, in dem es u.a. heißt:

"... habe ich gelesen, daß der "linke Flügel der CDU" eine bessere und sozialere Steuergesetzgebung für Arbeitnehmer fordert. Nun frage ich mich, was die CDU/CSU in den vergangenen Jahren mit ihrer absoluten Mehrheit im Bundestag gemacht hat. Wenn sie gewollt hätte, dann hätte sie doch längst eine bessere und sozialere Steuergesetzgebung für die Arbeitnehmer einführen können. Sicher hätte sie niemand daran gehindert; am allerwenigsten die Sozialdemokraten. Oder irre ich mich da?" -

Unser Freund irrt sich durchaus nicht. Tatsächlich hätte niemand die mit einer absoluten Mehrheit ausgestattete Kanzlerpartei daran hindern können, eine Steuergesetzgebung einzuführen, die den Arbeitnehmern einen wirklich gerechten Anteil am Sozialprodukt zusichert. Die Tatsache, daß der "linke Flügel der CDU" wenige Monate vor der nächsten Bundestagswahl Forderungen aufstellt, die schon seit vielen Jahren zu den Grundlagen sozialdemokratischer Politik gehören, läßt nur zwei Schlüsse zu. Entweder will man vor der Wahl wieder einmal etwas Wind machen, oder der linke Flügel der Kanzlerpartei hat so wenig zu sagen, daß er sich an die Öffentlichkeit wenden muß, um auf diese Weise seine Forderung zur Sprache zu bringen. Vielleicht ergibt sich noch in den wenigen Wochen der jetzigen Legislaturperiode des Bundestages eine Gelegenheit, das Anliegen des linken CDU-Flügels auf der parlamentarischen Ebene in aller Öffentlichkeit zu erörtern. An der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wird das nicht scheitern.

+ + +

110 DM für drei gefallene Söhne

Ein Motterschiicksal, das zum Himmel schreit

Von Karl Weishäupl, MLI

Eine 70 Jahre alte Mutter, welche an Angina pectoris leidet und ausserdem gallenkrank ist, kommt in meine öffentliche Sprechstunde. Sichtlich um Worte ringend, verschämt und verlegen bringt sie ihr Anliegen vor. "Herr Abgeordneter, ich hätte mich gar nicht hergetraut, aber eine Kriegerwitwe hat mir gesagt, dass Sie mir vielleicht helfen können. Sie sind doch von der Regierung?" - so fing sie an. Ihr Schicksal: Der Mann war als Taxifahrer tätig und starb 1927 im Alter von 40 Jahren an einem Leberriß. Er hinterliess drei Söhne und eine Tochter im Alter von 8-20 Jahren. Die Ersparnisse waren der Inflation zum Opfer gefallen. Ein Rentenanspruch bestand nicht. Recht und schlecht schlug sich die Witwe mit ihren vier Kindern durch. Zwei ihrer Söhne heirateten schliesslich. Es war dann insbesondere der 1919 geborene Sohn Lothar, der als Bierausfahrer einer Brauerei tätig war und die Mutter unterstützte.

Dann kam der zweite Weltkrieg und mit ihm Stalingrad! Wie Tausende andere Frauen und Mütter, so erreichte Frau R. die Nachricht, dass ihr Sohn Johann im Alter von 35 Jahren in Stalingrad vermisst war. Im März 1944 kam dann die vermisstenmeldung für den zweiten Sohn, Lothar. Mit 25 Jahren war auch er in Russland geblieben. Acht Tage vor dem 20. Juli 1944 wurde die Wohnung der Frau R. anlässlich eines Bombenangriffs auf München total zerstört und schon wenige Wochen später, im August 1944, kam die Kiobsbotschaft, dass auch der letzte Sohn, Ludwig, mit 33 Jahren in Lettland vermisst war. Ein Rückstellungsgesuch kam zu spät.

Ein Einzelschicksal im millionenfachen Sterben, das Opfer eines vertrecherischen Krieges!

Endlich kam dann das Kriegsende. Die Besatzungsmächte untersagten die Anwendung des Reichsvorsorgungsgesetzes. Mühsam und aus kleinsten Anfängen wurde eine Fürsorge für die Kriegsoffer aufgebaut. Doch zunächst durfte man das Wort "Kriegsoffer" gar nicht in den Mund nehmen. Ab 1947 erhielt unsere Witwe zunächst 30 Mark, später 60 Mark.

Wie aber geht es der nun 70 Jahre alten Witwe, die drei Söhne "auf dem Altar des Vaterlandes" opfern musste, heute?

Was erhält sie in unserem in der Verfassung proklamierten "sozialen Rechtsstaat"? Der Neufestsetzungsbescheid des Versorgungsamtes München vom 21. 11. 1957 weist aus: "Eine volle Elternrente" - so liest man dort - also 90 Mark, "zuzüglich Erskzung (§ 51 Absatz 3 und 4) weil zwei weitere Söhne gefallen sind", 20 DM. Für drei gefallene Söhne also insgesamt 110 DM!

Kann man davon leben?

Offenbar ja, es fragt sich nur, w i e !

Frau R. bewohnt zwei kaum als Zimmer angunprechende Räume. Die Miete betrug bis Juli vorigen Jahres 34,22 DM. Seit der Bundestag eine Erhöhung der Mieten um 15 Prozent zugelassen hat, gesteht sich die Miete auf 39,27 DM. In der einen Kammer schläft ein Neffe. Dieser zahlt wöchentlich 40 DM, muss dafür aber voll verpflegt werden.

Die einzige noch lebende Tochter ist heute 57 Jahre alt, Sie verlor vor wenigen Monaten ihren Mann, der Damenschneider war. Dieser starb an Lungen-Tbc. Bei von ihm immerhin durch 480 Monate geklebten Invalidenmarken erhält die verwitwete Tochter eine monatliche Rente von 127,40 DM. Das Finanzamt hat nach dem Tod des Damenschneiders noch festgestellt, dass rund 400 DM Einkommensteuer und 133 DM Gewerbesteuer nachgezahlt werden müssen. Es ist klar, dass die nun ebenfalls verwitwete Tochter bei diesen Verhältnissen ihre alte Mutter nicht unterstützen kann.

Seit Jahren fordern die grossen Kriegsofferverbände und auch die Opposition im Deutschen Bundestag eine entscheidende Besserstellung der Elternrenten von gefallen Kriegern. Doch ist die CDU/CSU bisher nie bereit gewesen, diesen Forderungen auch nur annähernd zu entsprechen.

Wir wollen hier nicht auf die in den Bundestagsdebatten von den einzelnen Vertretern der Regierungspartei vorgebrachten Argumente, die angeblich eine Besserstellung der Elternrenten unmöglich machen, eingehen. Die Not dieser alten Menschen ist zu gross, als dass man mit ihr polemisieren dürfte. W i r f r a g e n a b e r: Soll es in der Bundesrepublik, die immerhin für die Rüstung Milliarden auszugeben in der Lage ist, die sich ferner - gewiss zu Recht - mit anscheinlichen Summen an der Entwicklungshilfe beteiligt usw., nicht doch möglich sein, hier endlich Abhilfe zu schaffen?

Nochmals: 110 DM für drei gefallene Söhne! Gebrauchen wir nicht das abgedroschene Wort "unsozial", aber wir möchten die Verantwortlichen der Regierungspartei fragen:

S c h ä m t I h r E u c h n i c h t ?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel